



Abb. 1: Eine Postkarte mit Ansichten von Regensburg, um 1910

Maximilian Wacker

Die Revolution von 1918/19 im Landkreis Regensburg

Am 7. November 1918 begann in Bayern eine neue Ära, als eine kleine Gruppe um den Sozialdemokraten Kurt Eisner ohne Blutvergießen und ohne ernsthaften Widerstand König Ludwig III. stürzte und den Freistaat Bayern ausrief. Die Revolutionsgedanken breiteten sich rasch im ganzen Land aus und fielen auch im Landkreis Regensburg auf fruchtbaren Boden.

Die Revolution in München

Vor etwas mehr als 100 Jahren brach in München eine Revolution aus, die für Bayern einen wichtigen Modernisierungsschub darstellte.¹ Die historischen Ereignisse sind eng mit dem USPD-Politiker Kurt Eisner verbunden, der nachmittags am 7. November 1918 in München auf der Theresienwiese zur Revolution aufrief. Nachdem sich ihm die kriegsmüden Soldaten der Stadt ohne Weiteres angeschlossen hatten, gründeten die Revolutionäre abends im Mathäserbräu einen Arbeiter- und Soldatenrat, der von Eisner geleitet wurde und ohne Gegenwehr die Regierungs- und Verwaltungsgebäude besetzte. Zuletzt begaben sich die neuen Machthaber in das Landtagsgebäude,

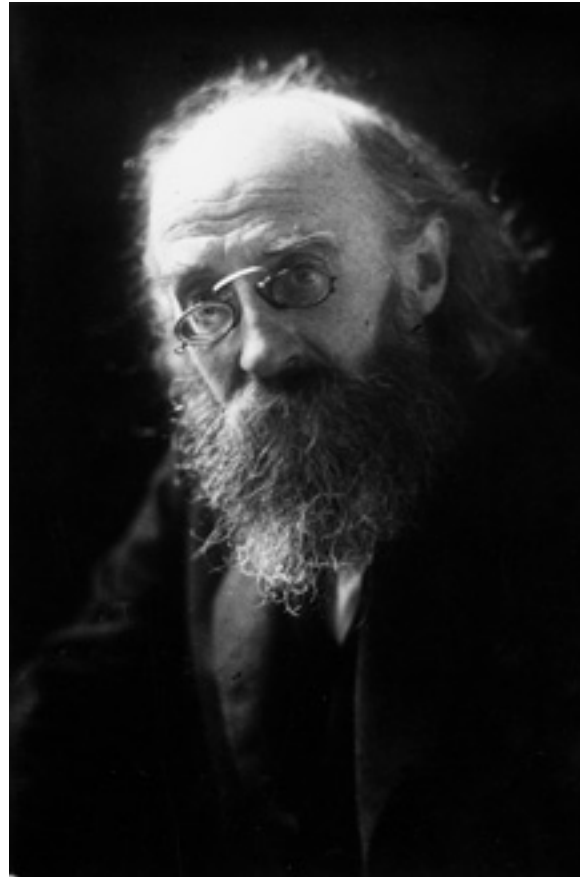


Abb. 2: Kurt Eisner, 1867–1919



Abb. 3:
Johannes Hoff-
mann, 1867–1930

wo sich ein Bauernrat zu ihnen gesellte und Eisner den Freistaat Bayern proklamierte. Bayern war damit eine Republik und mit der Abdankung von Ludwig III. am 13. November endete die jahrhundertelange Herrschaft der Wittelsbacher.

Die Geschicke des neuen Staates leitete fortan Eisner als Ministerpräsident, dessen Partei mit der SPD eine Regierung bildete. Trotz Meinungsverschiedenheiten arbeitete diese produktiv und Bayern blieb

von den gewaltsamen Konflikten in anderen Teilen Deutschlands weitestgehend verschont. Dies änderte sich am 21. Februar 1919, als Eisner ermordet wurde. Es entstand ein Machtvakuum, in dem linksradikale und demokratische Kräfte um die Macht im Land stritten. Am 7. April mündeten die Auseinandersetzungen in München in der Ausrufung einer Räterepublik, die wenige Tage später eine kommunistische Räterepublik ablöste. Ohne eigene Machtmittel griff die SPD-Regierung unter Johannes Hoffmann auf die berüchtigten Freikorps zurück, die ab dem 1. Mai wirkliche und vermeintliche Regierungsgegner rücksichtslos bekämpften. Obwohl danach die Macht der durch den Landtag legitimierten Regierung Hoffmann wiederhergestellt war, konnte sich diese nicht behaupten. Während sich enttäuschte SPD-Anhänger von ihr distanzieren, wuchs die Macht rechtsradikaler und antirevolutionärer Kräfte. Diese nötigten Hoffmann schließlich im März 1920 zum Rücktritt und sorgten dafür, dass Bayern sich in den folgenden Jahren zu einem Sammelbecken für rechtsradikale Demokratiegegner entwickelte.

Die Revolution in Regensburg

Obwohl in München die wichtigsten Akteure der Revolution wirkten, war die Revolution von 1918/19 eine bayerische Angelegenheit, an der das gesamte Land Anteil nahm. Die Ereignisse am 7. November trafen nämlich vielerorts auf breite Akzeptanz unter der kriegsmüden Bevölkerung, sodass sich die Revolution rasch ausbreitete. Nach Regensburg gelangten erste Nachrichten als Augenzeugenberichte bereits in den Abendstunden, doch ihnen wurde noch wenig Beachtung geschenkt. Dies änderte sich in den Morgenstunden des nächsten Tages, als sich die Lage

aufklärte. Auch in Regensburg waren es die Soldaten, die sich der Revolution zuvorderst anschlossen. Sie zogen durch die Straßen und zwangen die politischen Führer zum Handeln. Infolgedessen wurde auch hier ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gegründet, der zukünftig Einfluss auf die Stadtpolitik nahm. Dass hierbei das Münchener Beispiel nicht nur nachgeahmt wurde, zeigt der Sachverhalt, dass den Räten nicht nur Sozialisten, sondern auch konservative Mitglieder angehörten.

In den folgenden Wochen blieb die Lage in Regensburg ebenfalls vergleichsweise ruhig. Dies änderte sich am 10. Januar 1919, als in der Stadt schwere Plünderungen stattfanden. Ein Mob, insbesondere aus Soldaten bestehend, bereicherte sich an dem Besitz vornehmlich jüdischer Geschäftsleute und richtete große Schäden in deren Geschäftsräumen an.

Die Verbreitung der Revolution im Landkreis Regensburg

Auch in den Landkreis Regensburg, dessen Gebiet sich damals in etwa auf die Bezirke Regensburg, Stadtamhof, Regenstauf und Hemau erstreckte, gelangte die Revolution. In Regenstauf meldete die örtliche Zeitung bereits am 9. November, dass in München die Republik ausgerufen worden war und sich Räte gegründet hatten. Außerdem verbreitete sich die Nachricht über die Revolution von Regensburg aus. Regensburger Arbeiterräte bereisten das Umland und hielten Versammlungen ab, in denen sie die Bevölkerung über die politische Lage informierten. Am 11. November sprach der Arbeiterrat Johannes Mittermaier in Regenstauf, wo bereits ein Arbeiter- rat existierte, und der Arbeiterrat Wunderlich leitete eine Versammlung in Duggendorf, in der die Anwe-

senden die Republik begrüßten und einen Bauernrat wählten.² Dem folgten am 17. November weitere Versammlungen in Donaustauf, Schönhofen, Sinzing, Sünching und Wenzelbach.

Der Elan, den die Regensburger Räte an den Tag legten, beruhte insbesondere auf der Problematik der Versorgung. Seit dem Krieg litt die Bevölkerung unter einer Mangelversorgung mit Lebensmitteln, wovon auch Regensburg und das Umland der Stadt

Zur Aufklärung.

1. In der Stadt Regensburg herrscht vollständig Mangel. Die Waren der Umgebung sollen nach Müssen hier vorbehalten, bis sie durch den Transport zum Markt nach Regensburg zum Verkauf gelangen.
2. Bezahlung der Waren erfolgt in der üblichen Weise. Staatliche Einkaufsstellen mit ihrem Material können in gleicher Weise wie bisher weiterarbeiten. Die Bezahlung erfolgt in barlichen Wechseln wie bisher. In hoch jeder Ware für seine abgetriebene Ware in der gleichen Weise wie bisher sein Recht erhält.
3. Bayerische Staatsfelle gehen nicht mehr außer Rand. Bei Anschaffung Dr. Klein's wurde mit Rücksicht auf die geringe Restmenge in Bayern die Staatsfelle-Anschaffung erheblich beschränkt. Die in München erhaltene Staatsfelle werden, ebenso wie die in Regensburg erhaltene Staatsfelle, in gleicher Weise wie bisher zum Verkauf der beschränkten Restmenge.
4. Darfeln sind für Ernährungszwecke zu verwenden. Angehörig der armenen Staatsfelle müssen auch Darfeln zur notwendigen Ernährung mit Vorsorge zum Verkauf. Die Waren werden daher nicht, Darfeln zur Ernährungszwecke an die amtlichen Stellen abgegeben.
5. Die Viehsteuerrückzahlung ist nicht eingestellt. Die Rückzahlung von Vieh und in der gleichen Weise wie bisher nur sich erheben. Hinsichtlich der künftigen Rückzahlung an landwirtschaftliche Produktionsstätten in ähnlicher Weise wie bisher wird. Es aber die landwirtschaftlichen Produktionsstätten zur Verfügung gestellt wird. Es aber die landwirtschaftlichen Produktionsstätten der Bedarf bei künftigen Bedarf nur zum geringsten Teil bedient werden, werden zur Verfügung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Möglichkeit zu beschaffen werden.
6. Die Milchverarbeitung Regensburgs muss aufrecht erhalten werden. Eine Erhöhung in der Milchverarbeitung würde gerade die Arbeiter und die Landwirte, ebenso wie kleine Händler und die kleinen Leute am Markt treffen. Zurum Mangel, selbst die Milch ist, wird nur insofern möglich ist.
7. Lebensmittel dürfen nur an die amtlichen Kaufstellen abgegeben werden. Dem Schmuggler und unter allen Umständen die Strafe verhängt werden. Wenn er nicht im Wege geht, ist die Strafe verhängt worden.
8. Die Sicherheit des Bauernhandels wird dem Soldaten- und Arbeiterrat verbürgt. In Regensburg wird in der Eisenwaren-Gewerbe die höchste Sicherheit für den Bauern zum Verkauf gestellt, hat je jeder Stunde bei Tag und bei Nacht vollständig zu erreichen ist, und vollständig zur Verfügung der Arbeiter sein kann.
9. Rügen und Verhöre sind unverzüglich schriftlich oder mündlich oder telegraphisch dem Bauernvereinssekretariat in Regensburg, Wammarkt 1/11, Telefon Nr. 503 bekanntzugeben. Hiermit alle Bauernvereine auf dem Markt wollen die Zusammenarbeit mit dem Bauernrat hinsichtlich der Besondere halten.

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat Regensburg.

Abb. 4: Aufruf des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats Regensburg (aus: Regensburger Neueste Nachrichten 263, 12. November 1918)



Abb. 5: Regenstauf um 1915

nicht ausgenommen waren. Der Stadtmagistrat von Regenstauf stellte etwa am Vorabend der Revolution, am 6. November, fest, dass die Bauern zu wenig Kartoffeln abgeliefert hätten, da sie auf Preissteigerungen spekuliert oder Schwarzhandel betrieben hätten, und drohte ihnen mit Enteignung durch das Bezirksamt, falls die Kartoffelabgabe sich nicht besserte.³ Insofern versuchten die Regensburger Räte, die Bauern dazu anzuhalten, in ihren Lebensmittelablieferungen, die sie seit dem Krieg zu staatlich festgesetzten Preisen leisten mussten, trotz der Revolution nicht nachzulassen. Es handelte sich dabei um ein schwerwichtiges Problem, denn viele Bauern begrüßten den Untergang

der Monarchie hauptsächlich als eine Befreiung von den ihnen lästigen Ablieferungspflichten. Dadurch drohte die Versorgung der Städte zusammenzubrechen.

Neben dem Mangel an Nahrungsmitteln drängte das Defizit an Wohnraum zum Handeln. Während des Krieges war kaum gebaut worden, sodass es nun in vielen Gemeinden Bayerns an freien Wohnungen mangelte. Davon war auch Regenstauf betroffen, wo die sogenannte Wohnungsnot derart groß war, dass im Januar 1919 überlegt wurde, Baracken aufzustellen.⁴ Der Plan zeugt auch von der Hilfslosigkeit, mit der man der Problematik gegenüberstand. Nach dem Umsturz war rasch beschlossen worden, eine gemeinnützige Baugenossenschaft zu gründen, die das aufgrund der starken Inflation umfangreiche Kapital für Neubauten beschaffen sollte.⁵ Zwar gelang die Gründung am 23. Februar, wobei sich der Regenstauffer Arbeiterrat beteiligte, allerdings war eine Linderung der Not nur mittelfristig zu erwarten.⁶

Die Räte im Landkreis Regensburg

Das Merkmal der Revolution von 1918/19 in Deutschland wie in Bayern waren ihre Revolutionsorgane, die Räte. In Bayern verbreitete sich diese Organisationsform von München aus über das gesamte Land, nachdem in der Revolutionsnacht dort ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gegründet worden war. Insofern beeinflusste das Beispiel der Revolution in Russland und der dortigen Sowjets die Entstehung der bayerischen Räte nicht nennenswert. Die einzelnen Räte waren vielmehr örtliche Eigengewächse, die den sozialen und politischen Verhältnissen vor Ort Rechnung trugen und spontan in Versammlungen entstanden. Infolgedessen befanden sich in den Räten nicht nur

Anhänger der Revolution und Mitglieder der namensgebenden Berufsgruppe. Dies verdeutlicht besonders gut das Beispiel Regensburg, wo dem sozialdemokratischen Arbeiterrat auch ein Wachtmeister angehörte, der Bauernrat vom konservativen „Oberpfälzischen Christlichen Bauernverein“ gestellt wurde und der Soldatenrat sogar hochrangige Offiziere enthielt.

Der Arbeiterrat Regenstauf wurde von den SPD-Genossen des Ortes bis zum 11. November gegründet und bestand hauptsächlich aus Maurern, was der Mitgliederstruktur des SPD-Ortsvereins entsprochen haben dürfte.⁷ Der Rat wurde von dem 32-jährigen Maurer Johann Meier geleitet, der ihn im Februar 1919 als Delegierter im bayerischen Rätekongress vertrat.⁸ Ein weiteres wichtiges Mitglied war der 40 Jahre alte Maurer Joseph Sattler, der ebenfalls als Delegierter an dem Kongress teilnahm.⁹ Außerdem war das Mitglied Peter Lippert von Beruf Maurer.¹⁰ Ein weiteres Mitglied war der 35-jährige Joseph Buchmeier, der von Beruf Schlosser war.¹¹ Im Gegensatz zu dem Arbeiterrat trat der mit ihm gegründete Bauernrat kaum in Erscheinung, sodass seine Zusammensetzung nicht ersichtlich ist. Lediglich eine Person namens Decker taucht ein einziges Mal in den Quellen auf.¹²

Die Regenstaufer Räte, auch wenn sie der SPD angehörten, dachten und handelten wie andernorts zudem kaum sozialrevolutionär. Vielmehr setzten sie sich zum Ziel, Ruhe und Ordnung in ihrer Gemeinde zu bewahren. Im Kontext einer Revolution wirkt dies zunächst befremdlich, allerdings waren geordnete Verhältnisse eine Voraussetzung dafür, dass das Versorgungssystem nicht zusammenbrach. Auch der Regenstaufer Arbeiter- und Bauernrat war ein ausgesprochenes Ordnungsorgan. Er wurde gegründet, nachdem es in dem Ort zu kleineren Plünderungen gekommen war.¹³ Um diesen zu begegnen, wurde auch ein Ordnungsdienst mit roten Armbinden aufgestellt,

dem die Bevölkerung auf Verheißung des Stadtmagistrats Folge leisten sollte.¹⁴ Die Macht in der Gemeinde übernahmen die Räte wie andernorts nicht, obwohl die Gemeindeverwaltungen undemokratisch zusammengesetzt waren, da nur eine kleine Gruppe von Bürgern bis zur Revolution das Wahlrecht besaß. Stattdessen begannen die Räte, mit den alten Gemeindeverwaltungen zusammenzuarbeiten. In Regenstauf galt dies etwa für einen Ausschuss, den der Arbeiter- und Bauernrat gemeinsam mit dem Bürgermeister gründete.¹⁵ Der Ausschuss hatte zum Zweck, für eine ordnungsgemäße Ablieferung von Nahrungsmitteln durch die Bauern zu sorgen und den Schleichhandel zu bekämpfen. Derart war der Rat die gesamte Revolution hindurch tätig und hob etwa Anfang März 1919 in Regenstauf ein Hamsternest aus.¹⁶

Eine sozialistische Umverteilung lehnten die Arbeiterräte ab. Die bayerische SPD war 1918 zwar programmatisch eine revolutionäre Partei, allerdings be-



Abb. 6:
*Blick auf Regenstauf
und den Schlossberg
vom gegenüber-
liegenden Ufer des
Regens, um 1920*

saß dies für die meisten Anhänger kaum Bedeutung. Es handelte sich bei der Mehrheit der Genossen vielmehr um auf Reformen bedachte biedere Personen und Lokalpatrioten. Sie fühlten sich insbesondere auch der Allgemeinheit verpflichtet. Dementsprechend äußerte sich in Regenstauf der Arbeiterrat Meier, der meinte, dass der „Arbeiterrat [...] nicht dazu da [sei], Bessergestellte zu unterdrücken [...], sondern um das Wohl der Allgemeinheit zu fördern“¹⁷. Eine weitere Episode unterstreicht diese charakteristische Haltung. Im März 1919 ereigneten sich auf dem Schlossberg Fälle von Vandalismus, die Jugendlichen zugeschrieben wurden, und viele Einwohner bedienten sich in dem Park aufgrund des allgemeinen Mangels an Kohlen.¹⁸ Daraufhin berieten sich der Bergverein Regenstauf, die Stadtverwaltung und die Räte, wobei Einigkeit darüber bestand, dass Sittlichkeit und Ordnung aufrecht erhalten werden müssen.¹⁹ Der Arbeiterrat Meier stellte diesbezüglich schließlich fest: „[J]etzt ist die Zeit gekommen, wo der Familienvater zur Zuchtrute greifen kann, um Anstand, Höflichkeit, Achtung und gute Sitten den Kindern wieder einzuprägen“²⁰.

Neben Regenstauf gründeten sich in vielen weiteren Gemeinden des Landkreises Regensburg Räte. In Pielenhofen wurde am 28. November ein erster Arbeiterrat gebildet, der am 16. Dezember wahrscheinlich aufgrund politischer Differenzen neu gewählt wurde.²¹ Er wurde von dem Schlosser Ludwig Merkl geleitet und engagierte sich dabei, den Schleichhandel mit Nahrungsmitteln zu bekämpfen. Infolgedessen geriet der Arbeiterrat allerdings mit der Gemeindeverwaltung in Konflikt, deren Mitglieder ebenfalls verdächtigt und kontrolliert wurden. In vielen kleineren Orten wurden die Räte zu einem Organ zusammengefasst. Hierbei entstanden sogenannte „gemeinsame Arbeiter- und Bauernräte“, die die soziale Struktur der Gemeinde abbildeten. In Wiesent wählte eine

Volksversammlung einen solchen Rat am 16. Januar durch Akklamation.²² Die Wahl des Schriftführers fiel hierbei auf einen Lehrer.

Darüber hinaus wurden im Bezirk Regensburg frühzeitig viele Bauernräte gegründet. Diese Entwicklung beruhte auf dem Umstand, dass der in München an der Revolution beteiligte Bauernbund in dem Gebiet, anders als in den übrigen Teilen der Oberpfalz, stark verbreitet war. Infolgedessen engagierte sich auch der konservative Bauernverein, der dem Konkurrenten nicht das Feld überlassen wollte. Allerdings gelang bis Anfang Februar 1919 nur die Gründung von drei Bauernräten in Auburg, Aufhausen und Barbing.²³ Damit unterlag der Bauernverein dem Bauernbund, dessen Mitglieder bis Mitte Februar 1919 in 35 Orten wie etwa Altenthann, Mintraching oder Pfakofen Bauernräte gründeten.²⁴ Entgegen ihrer Bezeichnung befanden sich in diesen Räten aber nicht nur Bauern, sondern auch Arbeiter, gewerbetreibende Bürger oder ein Lehrer, sodass eigentlich mehr Volksräte entstanden waren. Der Bauernbund dominierte auch die Bildung des Bauernrats für den Bezirk Regensburg, den Bezirksbauernrat, den Delegierte am 8. März 1919 im Bezirksamt unter Leitung des Amtsvorstands wählten.²⁵ Darüber hinaus stammten aus dem Bezirk Regensburg die meisten Delegierten der Oberpfalz im „Parlamentarischen Bauernrat“, der vom Bauernbund gebildeten Landesorganisation der Bauernräte in München. Es handelte sich um Joseph Burkart aus Niedertraubling, Franz Xaver Meyer aus Hellkofen und Christian Hehrlein aus Hagelstadt.²⁶ Burkart und Meyer waren allerdings Gutsbesitzer, während Hehrlein von Beruf Gutsverwalter war. Damit repräsentierten diese Bauernräte in erster Linie ihre Partei Bauernbund und weniger die von kleinen und mittelgroßen Betrieben geprägte Struktur der Landwirtschaft.

Der Verlauf der Revolution im Landkreis Regensburg

Mit Eisners Ermordung wandelte sich die bis dato vergleichsweise unblutige Revolution in Bayern. Diese Revolution radikalisierte sich, denn extreme Kräfte von links versuchten in den folgenden Wochen, das Ruder in Bayern an sich zu reißen, bis der Machtkampf in der Ausrufung der Räterepublik seinen Höhepunkt fand. Im Landkreis Regensburg fehlten radikale Kräfte weitgehend, sodass die Gegend diese Entwicklung wie viele ländliche Gebiete nicht mitging. Wie in anderen Gemeinden Bayerns organisierten die Räte in Regenstauf am 2. März eine Trauerkundgebung, mit der sie und ihre Anhänger Eisner gedachten.²⁷ Nach einer Ansprache des Regensburger Arbeiterrats Matthias Bauer marschierten die Sozialdemokraten durch die Straßen der Stadt, wobei sie eine rote Fahne vorantrugen, die schwarz umflort war.

Im Bezirk Regensburg machten Bauern und Bauernräte des Bauernbunds durch teils radikale Aktivitäten auf sich aufmerksam. Im Zuge der Revolution beschloss der Bayerische Landtag am 18. März, die Privilegien des Adels aufzuheben, womit auch die Fideikommiss abgeschafft waren. Dabei handelte es sich um eine dem Adel vorbehaltene Rechtsform von Grundbesitz, die besagte, dass der zu einem Fideikommiss gehörende Grund und Boden absolut unveräußerlich ist. Darunter litten allerdings die angrenzenden Gemeinden, denen durch die Fideikommiss Möglichkeiten zur Expansion fehlten. Dies galt im Landkreis Regensburg etwa für die Bauern der Gemeinden Wiesent und Bach an der Donau, die von den Wiesen und Wäldern des Fürsten von Thurn und Taxis eingeengt wurden, keinen freien Grund zum Erwerb fanden und den hohen Pachtpreis des Fürsten scheuten.²⁸ Nach dem Landtagsbeschluss rechneten die Bauern Anfang April damit, dass der fürstliche

Landbesitz bald verstaatlicht werde, und wünschten, Teile davon zu erstehen. Daraufhin vertrat der Bezirksbauernrat ihr Anliegen gegenüber dem Fürsten, doch dieser reagierte abweisend. Infolgedessen kündigte der Bezirksbauernrat an, dass die strittigen Gründe per revolutionäres Recht gegen eine Entschädigung enteignet werden. In Wiesent wurde Interessenten daraufhin bereits Baugrund zugewiesen.

Darüber hinaus versuchten Bauern und Bauernräte nun, alte Besitzstreitigkeiten mit dem Fürsten von Thurn und Taxis neu zu regeln. Die Einwohner und Bauernräte des Ortes Zinzendorf, heute Teil der Gemeinde Wörth an der Donau, forderten, dass der Fürst ihnen ihre alten Holz-, Nutz-, Weide- und Holzstreurechte zurückerstatte.²⁹ Um das Jahr 1854 waren diese zwar gegen eine Entschädigung abgelöst worden, allerdings empfanden die Zinzendorfer die Entschädigung als unzureichend. Außerdem hatte die Bevölkerung verbittert, dass das Haus Thurn und Taxis sich im nachfolgenden Prozess rücksichtslos durchgesetzt hatte. Der Bezirksbauernrat trug die Forderungen dem Fürsten vor und drohte, sie umzusetzen.

Auch die adelige Forstwirtschaft belastete die Bauern. Am 9. März versammelten sich Bauern und Bauernräte aus dreizehn Ortschaften des Bezirks in Sarching, heute Teil der Gemeinde Barbing, und protestierten gegen die willkürlichen Holzpreise der Forstämter von Thurn und Taxis.³⁰ Die Versammelten forderten, dass die Räte zukünftig bei der Preisfestsetzung und Verteilung miteinbezogen werden. Derart handelte der Bauernrat des Ortes Rogging bei Pfakofen. Gegen Ende des Monats schritt er gegen den sogenannten Holzwucher ein und legte bei einer Holzversteigerung die Konditionen fest.³¹ Ein anderes Anliegen verfolgten zwei Bauern, die in der Sitzung des Bezirksbauernrats am 5. April beantragten, dass ein von der fürstlichen Gutsverwaltung erworbener



Abb. 7: Ausschnitt aus einer Postkarte, die eine Straßenszene in Regensburg im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zeigt.

Bauernhof wieder landwirtschaftlich genutzt werde.³² Dieser war nämlich aufgeforstet worden, was die angrenzenden Grundstücke der Bauern beeinträchtigte.

Auch in Regensburg wurde am 7. April eine Räterepublik gegründet. Der Vorgang beruhte allerdings wie in vielen anderen Orten auf Unklarheit über die Vorgänge in München, sodass die Räterepublik von den Beteiligten nach mehreren Tagen wieder beendet wurde. Der Landkreis Regensburg folgte der Entwicklung nicht, denn die örtlichen Kräfteverhältnisse waren nicht dazu geneigt. In Regensburg erfolgte etwa am 10. April eine große Protestkundgebung gegen die Räterepublik, an der neben den Einwohnern viele Bauern aus der Umgebung teilnahmen.³³ Zwar wurde in manchen Orten wie etwa Kallmünz die Räterepublik ausgerufen, allerdings hatte dies kaum unmittelbare Folgen. In Duggendorf war zudem eine Interven-

tion von Arbeiterräten aus Burglengenfeld nötig. Am 10. April erschienen sie in dem Ort mit bewaffneten Soldaten und setzten durch, dass die Ausrufung nachgeholt wurde. Sie erzwangen insbesondere, dass hierbei mit den Kirchenglocken geläutet wurde, was der Pfarrer verweigert hatte, und hissten auf dem Kirchturm eine rote Fahne, die sie sich zuvor in Kallmünz geborgt hatten. Dort ereignete sich am 12. April sogar ein blutiger Zusammenstoß zwischen linksradikalen Kräften aus Burglengenfeld und der Einwohnerwehr des Ortes. Der Vorfall war insofern tragisch, da er hauptsächlich auf der unsicheren Informationslage, Aktionismus und Hysterie beruhte. Während eines Schusswechsels innerhalb des Ortes wurden der Burglengenfelder Arbeiterrat Johann Koller und zwei Soldaten getroffen und tödlich verwundet. Aufseiten der Kallmünzener wurde der Tierarzt Johann Prößl, Gründer der Einwohnerwehr, getötet.

Die Folgen der Revolution

Die Art und Weise, mit der Regierungstruppen Anfang Mai 1919 in München gegen Arbeiter vorgingen, trug sehr dazu bei, dass sich viele SPD-Anhänger von der Regierung Hoffmann abwandten und weiter links stehenden Arbeiterparteien anschlossen. Dies war auch in Regensburg der Fall, wo der SPD-Ortsverein im August 1919 zur USPD übertrat.³⁴ Hierzu kann die Genossen auch Enttäuschung über die Ergebnisse der Revolution bewegt haben. Tatsächlich hatte eine sozialistische Umverteilung nicht stattgefunden, was, darin war sich auch Eisner im Klaren gewesen, die Umstände der Nachkriegszeit nicht gestattet hätten. Stattdessen beförderten die Revolutionsregierungen durch Reformen die Demokratisierung Bayerns, worauf sie stolz sein durften. Hierzu zählt insbesondere

die Reform des Wahlrechts, wodurch es Frauen bei der Landtagswahl am 12. Januar zum ersten Mal möglich war, ihre Stimme abzugeben. Ein Meilenstein war auch die Demokratisierung der gemeindlichen Selbstverwaltung. Am 15. Juni durften zum ersten Mal alle volljährigen Einwohner bei der Wahl der Gemeindevertretung abstimmen. Sie wählten das damals neu geschaffene und heute noch existierende Organ des Gemeinderats.

Neben den Arbeitern radikalisierten sich auch die Bauern im Sommer 1919. Sie verlangten, endlich das staatliche Versorgungssystem abzuschaffen und wie-

der frei über ihre Erzeugnisse verfügen zu können. Der Unmut fand seinen Ausdruck in einer großen Bauernversammlung am 4. August in Burgweinting, zu der Landwirte aus weiten Teilen der Oberpfalz und Niederbayern erschienen. Die Teilnehmer stellten fest, dass das „Maß der Bauern nach 5 Jahren voll“³⁵ sei, und verliehen ihren Forderungen Nachdruck, indem sie mit einem Bauernstreik drohten. Es handelte sich um eine radikale Drohung, denn ein solcher Streik hätte bedeutet, dass die Bauern ihre Ablieferungen eingestellt hätten und in den Städten eine Hungersnot ausgebrochen wäre.

- 1 Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf meiner im Herbst letzten Jahres im Verlag Friedrich Pustet erschienen Dissertation über die Revolution 1918/19 in der Oberpfalz (Maximilian WACKER, Die Revolution von 1918/19 in der Oberpfalz. Eine regionalgeschichtliche Studie in Abhängigkeit von den Vorgängen in München und den strukturellen Ausgangsbedingungen des Regierungsbezirks, Regensburg 2018).
- 2 Neue Donau-Post 267, 15. November 1918.
- 3 Allgemeiner Korrespondent 135, 12. November 1918.
- 4 Allgemeiner Korrespondent 11, 25. Januar 1919.
- 5 Allgemeiner Korrespondent 137, 16. November 1918.
- 6 Allgemeiner Korrespondent 25, 27. Februar 1919.
- 7 Neue Donau-Post 266, 14. November 1918.
- 8 Schreiben des Arbeiterrats Regensauf vom 23. Februar 1919 in Bayerisches Hauptstaatsarchiv II, Arbeiter- und Soldatenrat 35; Allgemeiner Korrespondent 68, 7. Juni 1919.
- 9 Schreiben des Stadtmagistrats Regensauf vom 10. Februar 1919 in Bayerisches Hauptstaatsarchiv II, Arbeiter- und Soldatenrat 35.
- 10 Bericht des Bezirksamts Stadtamhof vom 19. Januar 1919 in Staatsarchiv Amberg, Reg. d. Opf. Kdl 24061.
- 11 Allgemeiner Korrespondent 49, 24. April 1919; Allgemeiner Korrespondent 68, 7. Juni 1919.
- 12 Allgemeiner Korrespondent 147, 10. Dezember 1918.
- 13 Neue Donau-Post 266, 14. November 1918.
- 14 Allgemeiner Korrespondent 136, 14. November 1918.
- 15 Allgemeiner Korrespondent 147, 10. Dezember 1918.
- 16 Neue Donau-Post 54, 6. März 1919.
- 17 Allgemeiner Korrespondent 18, 11. Februar 1919.
- 18 Allgemeiner Korrespondent 30, 11. März 1919; Allgemeiner Korrespondent 40, 3. April 1919.
- 19 Allgemeiner Korrespondent 32, 15. März 1919.
- 20 Allgemeiner Korrespondent 40, 3. April 1919.
- 21 Berichte des Arbeiterrats Pielenhofen vom 7. und 17. Februar 1919 in Bayerisches Hauptstaatsarchiv II, Arbeiter- und Soldatenrat 34.
- 22 Protokoll der Wahl des Arbeiter- und Bauernrats Wiesent vom 16. Januar 1919 in Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 1608.
- 23 Liste der beim Oberpfälzischen Christlichen Bauernverein angemeldeten Räte vom 13. Februar 1919 in Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 1608.
- 24 Auflistung der Bauernräte des Bezirks Regensburg durch den Landesbauernrat vom 24. Februar 1919 in Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 1608.
- 25 Protokoll der Wahl des Bezirksbauernrats Regensburg vom 8. März 1919 in Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Regensburg 1608.
- 26 Georg KÖGLMEIER, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation – Organisation – Funktion (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 135), München, 2001, S. 457.
- 27 Allgemeiner Korrespondent 27, 4. März 1919.
- 28 Regensburger Allgemeine Zeitung 77, 4. April 1919; Regensburger Allgemeine Zeitung 82, 10. April 1919.
- 29 Regensburger Allgemeine Zeitung 76, 3. April 1919.
- 30 Regensburger Allgemeine Zeitung 57, 12. März 1919.
- 31 Regensburger Allgemeine Zeitung 72, 29./30. März 1919.
- 32 Regensburger Allgemeine Zeitung 82, 10. April 1919.
- 33 Regensburger Allgemeine Zeitung 45, 15. April 1919.
- 34 Regensburger Echo 35, 30. August 1919.
- 35 Regensburger Neueste Nachrichten 179, 6. August 1919.